



## Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.  
Margret Urban · Grenadierstraße 4 · 13597 Berlin

Zahnärztekammer Berlin  
Herrn  
Ingmar Dobberstein  
Stallstraße 1  
10585 Berlin

### 2. stellvertretende Präsidentin

Ressort Tarifpolitik  
Margret Urban

**Anschrift**  
Grenadierstraße 4  
13597 Berlin

**Telefon** (0 30) 331 97 39

**Telefax** (0 30) 351 05 304

E-Mail: [murban@vmf-online.de](mailto:murban@vmf-online.de)  
<http://www.vmf-online.de>

14.07.09

### Ihre Pressemitteilung

#### „Untragbare Forderungen: Berliner Zahnärzte kündigen Mitgliedschaft im Bündnis für die Vergütungsbedingungen der ZFAs“

Sehr geehrter Herr Dobberstein,

mit Erstaunen habe ich Ihre Pressemitteilung gelesen. Ich schildere Ihnen gern einiges von dem, was mir dabei aufgefallen ist.

1. Sie schreiben, dass Sie die Mitgliedschaft „im Bündnis für die Vergütungsbedingungen der ZFAs“ gekündigt haben. Diese Begrifflichkeit ist mir nicht bekannt. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ergänzen: Westfalen-Lippe ist kein eigenständiges Bundesland.
2. Im Zusammenhang mit dem Tarifergebnis 2007 reden Sie von einem Beschluss zur „gesetzlichen Verankerung der betrieblichen Altersvorsorge“. Hier scheint mir, dass Ihnen der Unterschied zwischen gesetzlichen Regelungen und Tarifvereinbarungen nicht geläufig ist.
3. Sie nehmen Bezug auf die hohe Zahnärztdichte in Berlin. Diese hat bisher bei den Verhandlungen für die Tarifverhandlungen der ZFA keine Rolle gespielt. Der von Ihnen ebenfalls angeführte geringere Punktwert wurde allerdings bereits seit 1996 berücksichtigt.
4. Erstaunt hat mich zudem, dass Sie unsere Forderungen bereits vorab als unverhandelbar abgelehnt haben. Bislang haben wir immer einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss gefunden. Das setzt jedoch voraus, dass überhaupt Verhandlungsbereitschaft auf Ihrer Seite vorhanden war.
5. Sie schreiben wörtlich: „Wir nehmen das Thema einer leistungsgerechten Vergütung für unsere Mitarbeiter in der Berliner Kammer sehr ernst“. Das mag sein, uns geht es aber nicht um die Mitarbeiter Ihrer Kammer, sondern um die Zahnmedizinischen Fachangestellten in den Zahnarztpraxen Berlins.
6. Sie verweisen zwar darauf, dass sich die Ausgaben der GKV für zahnärztliche Behandlungen verringert haben, geben aber nicht an, um welche Summe die Einnahmen der

Zahnärzte allein aus Selbst- und Zuzahlerleistungen gestiegen sind. Immerhin übernehmen die Patientinnen und Patienten seit Einführung des Festkostenzuschusses und seit der verstärkten Prophylaxeorientierung der Praxen (die in der Regel von ZMP durchgeführt werden) heute einen größeren Teil der Kosten selbst.

Außerdem ist die Zahl der Beschäftigten pro Praxis laut Statistik der KZBV zwischen 1992 und 2007 in den neuen Bundesländern immerhin von 3,39 auf 3,70 gestiegen, darunter die Zahl der ZFA (inkl. ZMF und ZMV) von 1,80 auf 2,50, die der angestellten Assistenz Zahnärzte nahm von 0,05 auf 0,09 zu. Diese generell positive Entwicklung fand sicherlich nicht statt, weil sich die Zahnärzte als Arbeitgeber profilieren wollten.

Ihre Aussage, wonach angestellte Zahnärzte für Gehälter arbeiten, „bei denen geringer qualifizierte Berufsgruppen nicht einmal Bewerbungsschreiben aufsetzen würden“ bzw. dass die „Einstiegsgehälter frisch absolvierter Zahnärzte unter den Einstiegsgehältern der ZFA“ lägen, bleibt nicht nur angesichts der eben angeführten Fakten sehr fragwürdig. Aber Sie können uns gern die konkreten Zahlen für Berlin vorlegen.

7. Auch was die Zahlen der Auszubildenden angeht, haben wir andere Informationen. Sie schreiben: „Zeitgleich muss Berlin im Moment keineswegs sinkende Ausbildungszahlen beklagen, wie es in nahezu allen Flächenländern der Fall ist.“ Laut BiBB lagen die Ausbildungszahlen in Berlin 2007 um -9,35 Prozent unter denen von 2006 und sanken 2008 im Vergleich zum Vorjahr nochmals um -6,7 Prozent.
8. Es freut uns, dass Ihnen das Thema Tarifverhandlung dennoch „elementar wichtig“ ist und dass Sie es sich vorbehalten, sich „wieder für eine Teilnahme an solchen Verhandlungen auszusprechen“. Wir sehen allerdings die von Ihnen dafür aufgelisteten Forderungen nach einem novellierten Gesundheitssystem, einer aktualisierten GOZ und nach einer überfälligen Ost-West-Angleichung im Bereich der GKV (also plus acht Prozent für Berlin) mehr als unverhältnismäßig gegenüber einem Tarifpartner an.

Deshalb unser Vorschlag: Sie bezahlen die angestellten Zahnärzte nach den Tarifen der ZFA und wir rufen dazu auf, dass Berliner SchülerInnen sich nicht für eine Ausbildung als Zahnmedizinische Fachangestellte entscheiden sollten.

Sollte ich Sie missverstanden haben, so können Sie mich gern aufklären. Wir hätten uns diesen Brief auch ersparen können, wenn Sie uns Ihre Beweggründe zum Austritt aus der AAZ persönlich mitgeteilt hätten. Es wäre immerhin ein Akt der Höflichkeit und des Respekts im Umgang mit einem Sozialpartner gewesen.

Mit freundlichen Grüßen

*Margret Urban*

2. stellvertretende Präsidentin  
Ressort Tarifpolitik

PS: Dieses Antwortschreiben wird mit einem Link zu Ihrer PM auf unserer Homepage zu lesen sein.